



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
rheinland-pfalz

Entschließung des
Hauptvorstandes
des dbb
Rheinland-Pfalz



Gegen den Personalabbau in der Landesverwaltung

Entschließung des Hauptvorstandes des dbb Rheinland-Pfalz vom 08.11.2016

Die rheinland-pfälzische „Ampel-Koalition“ hat dem öffentlichen Landesdienst einen Abbau von 2.000 Stellen verordnet, 600 davon bei den Ministerien und Mittelbehörden, die Hälfte daraus schematisch über die Einzelpläne des Landeshaushalts verteilt.

Angesichts ständig zunehmender Aufgaben für den öffentlichen Dienst ist das für den dbb Rheinland-Pfalz der völlig falsche Weg. Mit immer weniger und im Durchschnitt älter werdendem Personal lässt sich die stetig mehr werdende Arbeit im öffentlichen Dienst nur noch schlecht und am Ende gar nicht mehr bewältigen.

Während das übergeordnete Abbauziel bis 2020 rechnerisch eine Reduktion der Landesstellen um an sich schon sehr schwer verkraftbare drei Prozent bedeutet, werden einzelne Geschäftsbereiche und Verwaltungssparten laut Vorgabe der Landesregierung besonders hart getroffen. Mit weit über zwanzig Prozent Abbau belastet werden sollen beispielsweise jeweils das Wirtschafts- und das Integrationsressort, mit fast zwanzig Prozent das Umwelt- und mit immerhin noch gut zehn Prozent das Sozialressort.

Einige Streiflichter im Detail:

In der **Forstverwaltung** sollen elf Prozent der Stellen wegfallen und das auch noch zwei Jahre früher, als es ein schon vor dem „Ampel-Beschluss“ gültiger, weniger harter Abbauplan vorsah. Nachhaltigkeit? Fehlanzeige.

Im **Justizvollzugsdienst** sollen trotz Personalabbaus über die letzten zwei Legislaturperioden nochmal sechzig Stellen in diesem sensiblen, sicherheitsrelevanten Verwaltungsbereich entfallen. Und das, obwohl ein neues Landesstrafvollzugsgesetz und die Neuregelung der Sicherungsverwahrung zahlreiche zusätzliche Aufgaben mit sich brachten. Das passt überhaupt nicht zusammen.

In der **allgemeinen und inneren Verwaltung** der Mittelbehörden wird bereits jetzt am Leistungslimit gearbeitet. Weitere Personalkürzungen sind nur denkbar, wenn es zu Kompensationen kommt, etwa in Form von Rückstellung oder Stopp von nicht zwingend erforderlichen Vorhaben und Aufgaben. Belastungsfähigkeit und Gesundheit des Personals sind endlich, da hilft auch kein Gesundheitsmanagement mehr.

Beim **Landesbetrieb Mobilität** sollen 180 Stellen wegfallen. Gleichzeitig sollen die Bundesfernstraßen in eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft überführt werden. Weniger Stellen trotz ausgeweiteten Straßenbauprogramms der Ampel-Koalition und starke Verunsicherung des Personals sind das Ergebnis. Hier gilt wohl ebenfalls: Was nicht passt, wird ohne Rücksicht auf Verluste passend gemacht.

Auch der im Koalitionsvertrag wegen des stark gestiegenen Lehrkräftebedarfs mit 270 zusätzlichen Stellen bedachte **Schulsektor** soll nun bluten und gleich wieder 310 Stellen einsparen. Wer über Stellenkürzungen in die Schulstruktur eingreift, verhindert Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. So torpediert die Ampel eigene politische Prestigeziele.

Bei der **Polizei** sollen trotz des erkannten Erfordernisses dringenden Personalaufbaus und erhöhter Einstellungszahlen von Polizeianwärtern gleich wieder 50 Stellen in der Verwaltung entfallen. Polizeivollzugsbeamte werden mehr mit Verwaltungstätigkeiten belastet. Die eigentliche Polizeitätigkeit bleibt auf der Strecke. Paradox.

Außerdem vernachlässigt die Landesregierung die Einnahmenseite des Landeshaushalts, wenn sie immerzu weitere Stellen in der **Finanzverwaltung** kürzt; 240 Stellenstreichungen sind hier geplant. Einnahmenverzicht als Sparmodell, wie soll das gehen?

In der **Eichverwaltung** sowie beim **Landesamt für Geologie und Bergbau** sollen 45 Stellen wegfallen. Beim Abbau von einem Viertel des Personals können 40.000 Messgeräte in Handel, Verkehr, Umwelt- und Arbeitsschutz sowie im Gesundheitswesen dann nicht mehr fristgerecht auf richtiges Messen überprüft oder hinsichtlich ihrer Konformität bewertet werden. Falsche Messwerte beim Arzt, im Krankenhaus, in Labors, sowie ungenaue Waagen und Zapfsäulen: Patienten- und Verbraucherschutz sieht anders aus. Und: Dokumentation und Gefahrenabwehr z. B. bei Hangrutschen sind dann nicht mehr gewährleistet.

Im Bereich der **Landessozialverwaltung** sollten im Einklang mit der alten Landesregierung 94 Stellen eingespart werden. Nach der Koalitionsvereinbarung wurde diese Zahl auf 120 erhöht. Die Einsparung soll jetzt nicht wie geplant bis 2025, sondern bereits bis 2020 erbracht werden. Zwischenzeitlich nicht wieder besetzte Stellen wurden teilweise nicht angerechnet, so dass ca. 140 Stellen vom Abbau betroffen sind.

Die Reihe der Beispiele lässt sich für jeden Verwaltungsbereich fortsetzen.

Der dbb Rheinland-Pfalz lehnt das Konzept zum Personalabbau in der Landesverwaltung deshalb ab. Personalabbau ohne vorangegangene Aufgabenkritik ist der falsche Weg!

Zur Gewährleistung eines gesunden` Altersdurchschnitts beim Personal sowie zur verantwortungsvollen Aufgabenerledigung müssen Einstellungskorridore unbedingt offen gehalten werden.

Ansonsten sehen wir in Zukunft schwarz für die Qualität öffentlicher Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz. Der öffentliche Dienst muss für qualifizierten Nachwuchs attraktiv sein.

Wir fordern die Koalitionsparteien, die Landesregierung und die Landtagsfraktionen auf, gründliche Aufgabenkritik und Personalbedarfsanalyse zu betreiben und diese transparent zu machen.

Technokratisch gesetzter Personalabbau gefährdet die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Der dbb Rheinland-Pfalz steht wie immer als konstruktiver Ansprechpartner bereit.